



Die Woche im Bundestag 29. Juni – 3. Juli 2009



Die politische Lage in Deutschland

„Wir haben die Kraft, unser Land stärker zu machen“ Das Regierungsprogramm von CDU und CSU

90 Tage vor der Bundestagswahl haben CDU und CSU ihr Regierungsprogramm auf einem gemeinsamen Kongress vorgestellt. "Wir haben ein Ziel, und das heißt, unser Land aus dem Tal schnell wieder herauszubringen", betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel vor 700 Gästen am Montag in Berlin. Jeder könne mitmachen und seinen Beitrag für unser Land leisten. Die Kanzlerin erinnerte daran, dass die CDU-geführte Bundesregierung vor der Finanzmarktkrise sowohl den Abbau der Arbeitslosigkeit als auch die Haushaltskonsolidierung erfolgreich vorangetrieben habe. Dies beweise, dass die Union die Kraft habe, Deutschland stark zu machen.



Angela Merkel und Horst Seehofer empfangen den Beifall der Bundesdelegierten

Bundeskanzlerin Merkel: "Wir haben ein Ziel und das heißt, unser Land aus dem Tal schnell wieder herauszubringen".

Die Bundeskanzlerin betonte, dass sich Deutschland heute in einer anderen Situation als im Jahr 2005 befindet. Damals sei es darum gegangen, mit einer Mehrwertsteuer-Erhöhung das auf Misswirtschaft beruhende strukturelle Haushaltsdefizit der rot-grünen Bundesregierung abzubauen. Heute werde unser Land jedoch nur dann stärker aus der Krise hervorgehen, wenn es gelinge, Wirtschaftswachstum zu generieren. Im Kern gehe es jetzt also um die Frage: "Was schafft Wachstum?"

Die Antwort, die die Union darauf in ihrem Regierungsprogramm gibt, lautet: Zum einen mehr Investitionen in die Zukunftsfelder Bildung und Innovationen. Zum anderen sollen diejenigen, die in unserem Land arbeiten,

durch Steuerentlastungen angespornt werden. Wer rackere, wer anpacke, müsse auch von Lohnerhöhungen etwas haben, forderte Merkel. Motivation sei für die Schaffung von Wirtschaftswachstum ebenso wichtig wie Investitionen.

Die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 2009 wertete der CSU-Chef als Signal der Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien. Auch der Ausgang der Europawahl mache Mut, aber er verführe nicht zu Übermut oder Überheblichkeit. Neben einem erstklassigen Konzept werbe die Union mit Bundeskanzlerin Merkel an der Spitze und einem Team hervorragender Persönlichkeiten um das Vertrauen der Bürger.

Wie die CDU-Vorsitzende sprach sich auch Horst Seehofer für eine Koalition aus Union und FDP nach der Bundestagswahl am 27. September aus, warnte aber vor Leihstimmen. Wer eine bürgerliche Regierung in Deutschland wolle, müsse die Union wählen. Denn nur CDU und CSU machten als Volksparteien der Mitte politische Angebote für alle - und nicht für einzelne Gruppen, unterstrich Merkel.

Das Programm kann auf der Internetseite der CDU-Deutschlands (www.regierungsprogramm.cdu.de) heruntergeladen werden.

- ausgewählte Termine dieser Sitzungswoche -

Anette Hübinger unterwegs

- Montag, 29. Juni 2009: Ausschuss Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Dienstag, 30. Juni 2009: Arbeitsgruppe Bildung und Forschung in den Räumen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Mittwoch, 1. Juli 2009: Ausschuss Bildung und Forschung
- Mittwoch, 1. Juli 2009: Ausschuss Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Donnerstag, 2. Juli 2009: Treffen der Gruppe der Frauen im Deutschen Bundestag

- Donnerstag, 2. Juli 2009: Bundestagssitzung zu den Themen Forschung, Innovation und technische Leistungsfähigkeit

Hermann-Josef Scharf unterwegs

- Dienstag, 30. Juni 2009: Arbeitsgruppe Gesundheit
- Mittwoch, 1. Juli 2009: Ausschuss Gesundheit
- Mittwoch, 1. Juli 2009: Schriftführer während der Bundestagssitzung
- Donnerstag, 2. Juli 2009: Bundestagssitzung zum Moratorium für die elektronische Gesundheitskarte
- Donnerstag, 2. Juli 2009: Rede im Bundestag zur Stärkung der Prävention im Gesundheitswesen (ging zu Protokoll).

Gemeinsame Termine

- Dienstag, 30. Juni 2009: Fraktionssitzung
- Mittwoch, 1. Juli 2009: Gebetsfrühstück
- Donnerstag, 2. Juli 2009: Kommissariat der deutschen Bischöfe – Heilige Messe
- Donnerstag, 2. Juli 2009: Bundestagssitzung – Erklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum G-8 Weltwirtschaftsgipfel
- Donnerstag, 2. Juli 2009: Vier namentliche Abstimmungen, z.B. zur Beteiligung zum Einsatz der AWACS-Flugzeuge in Afghanistan und zum Einsatz der Bundeswehr im Sudan
- Freitag, 3. Juli 2009: Sitzung des Deutschen Bundestages, u.a. zum Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz

Ticker

Talsole durchschritten – Laut einer Umfrage des Münchener Ifo-Instituts, hat sich die Stimmung unter deutschen Unternehmen verbessert. So stieg der Geschäftsklimaindex zum dritten Mal in Folge – von 84,3 Punkten auf 85,9 Punkte. Zwar bezeichnen die befragten Unternehmen ihre derzeitige Lage als schlecht. Die Erwartungen für das nächste Jahr haben sich allerdings gebessert. Das Ifo-Institut erkennt darin Anzeichen für eine baldige Erholung der Konjunktur.

Nachfrage nach Meister-BAföG steigt – Wie die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, mitteilte, steigt die Nachfrage nach den Förderinstrumenten des so genannten Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wieder. Das als „Meister-BAföG“ bekannte Programm wurde 2008 von rund 140.000 Menschen genutzt. „Mit dem am 1. Juli in Kraft getretenen zweiten Änderungsgesetz werden die Leistungen noch einmal verbessert“, teile Schavan mit.

Danzig am Reichstag – Bundestagspräsident Norbert Lammert und der Präsident des polnischen Parlamentes, Bronislaw Komorowski, haben ein Stück Mauer aus der Danziger Werft enthüllt, welches nun am Rande des Reichstagsgebäudes aufgestellt wurde. Das Denkmal ist ein Geschenk Polens und soll an die Ereignisse rund

um die Danziger Werft erinnern, die in den 80er Jahren zur Entstehung der Solidarnosc-Bewegung unter dem damaligen Werftarbeiter Lech Walesa geführt haben.

Alterssicherung vergleichsweise stabil – Das deutsche Rentensystem hat während der Finanz- und Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Ländern relativ wenig Schaden genommen. Zu dieser Einschätzung gelangt eine Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Grund dafür ist das konservative Anlageverhalten. Das Minus lag im vergangenen Jahr lediglich bei 8,5 Prozent, wohingegen in anderen Ländern, insbesondere in den USA und Australien, weitaus höhere Verluste zu beklagen sind.

Entlastung der Bürger – Zum 1. Juli treten eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen zur Entlastung der Bürger in Kraft. So werden die Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse um 0,6 Prozent gesenkt und die Renten steigen um 2,41 Prozent in den alten Bundesländern. Ebenso erhöhen sich die Regelleistungen bei Arbeitslosengeld II. Des Weiteren wird für alle ab dem 1.7.2009 zugelassenen Neufahrzeuge die Kfz-Steuer nicht mehr auf der Basis des Hubraums, sondern des CO₂-Ausstoßes berechnet.

18.000 Eingaben – Für das Jahr 2008 hat der Petitionsausschuss des Bundestages 18.096 Anfragen verzeichnet. Das sind etwa 1.800 mehr als im Vorjahr. Zählt man diejenigen Personen hinzu, die die öffentliche Petitionen unterzeichnet haben, so liegt die Zahl der Bürger, die sich an das Parlament gewendet oder eine Petition unterstützt haben, bei 575.110.

Mehr Saarländer online – Wie eine Studie von TNS Infratest zeigt, haben die Saarländer bei der Internetnutzung im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich aufgeholt. Demnach nutzen 63 Prozent der Saarländer das Internet. Das sind sechs Prozent mehr als 2008. Das Saarland konnte damit zwar den letzten Platz bei der Länderwertung verlassen – dort liegen nun Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – allerdings liegt das Land noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 70 Prozent.

Vereinsvorstände – Auf Initiative der saarländischen Landesregierung hat der Bundestag am Freitag ein Gesetz zur Stärkung ehrenamtlicher Vereinsvorstände beschlossen. Diese haften künftig für Schäden gegenüber Dritten als auch gegenüber dem Verein nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Sie können somit nicht für Schäden haftbar gemacht werden, die sie nicht verursacht haben, von denen sie gar nichts wussten geschweige denn hätten verhindern können.

Zu guter Letzt - Zitat der Woche

„Die Leute wollen sich nicht unterkriegen lassen. Bisher ist bei den Konsumenten keine Panik festzustellen.“

Klaus Wübbenhorst, Chef der Gesellschaft für Konsumforschung, GfK (Wirtschaftswoche, 29.06.2009, S.110)